

Bund plant E-Tankstellen-Offensive

Das niederländische Start-up Fastned will in der Schweiz in ein landesweites Netzwerk investieren. Dies ist ganz im Sinne des Bundesrates. Über die Finanzierung herrscht noch Uneinigkeit - VCS-Chefin Evi Allemann bringt einen neuen Vorschlag ins Spiel.

Stefan Häne

«Elektrische Revolution», «Autowende»: Fastned bemüht grosse Worte, wenn es um seine Pläne geht. Heute betreibt das niederländische Start-up im eigenen Land entlang von Autobahnen 63 Tankstellen für Elektroautos. Die Autohersteller, so Fastned, würden Milliarden von Euro in die Entwicklung und Produktion von E-Autos investieren, die Zahl der Fahrzeuge wachse schnell. Doch nur wenn die entsprechende Infrastruktur existiere, «können die Fahrer von E-Mobilen die wahre Freiheit erfahren». Fastned will daher ein Netzwerk aus E-Tankstellen über ganz Europa ziehen. Bereits bekannt sind die Expansionspläne für Deutschland, wo sich das Unternehmen diesen April Verträge für die ersten Standorte gesichert hat. Nun interessiert sich Fastned auch für den Standort Schweiz, wie eine Sprecherin bestätigt; man stehe deswegen mit verschiedenen Akteuren in Kontakt.

Der Zeitpunkt der Offensive ist kein Zufall. Der Bundesrat plant, das E-Tankstellen-Netz entlang der Autobahnen auszubauen. Zwar gibt es hierzulande schon rund 1630 öffentlich zugängliche Ladestationen, entlang der Nationalstrassen sind sie jedoch dünn gesät - nicht zuletzt eine Folge der rechtlichen Situation. Erlaubt sind heute Ladestationen nur auf Raststätten; 12 bestehen bereits, 13 sind geplant. Nun soll das Terrain auf die 110 Rastplätze im Land ausgeweitet werden. Anders als Raststätten beherbergen diese keine Restaurants und Tankstellen, sondern nur WCs und teilweise Imbissstände.

Eine halbe Million E-Autos?

Bau und Betrieb der Ladestationen sollen nach dem Willen des Bundesrats Private übernehmen. Dies freut nicht nur Fastned, sondern auch potenzielle Investoren im Inland; dazu gehört der Stromkonzern Groupe E, der zusammen mit Alpiq rund 300 öffentliche Ladestationen betreibt. Allerdings: Das Geschäft ist mit Risiken behaftet, stehen doch hohen Anfangsinvestitionen eher kleine Beträge pro Tankladung gegenüber. Momentan, räumt Groupe E denn auch ein, liessen sich die Kosten für Installation, Betrieb und Wartung einer Ladestation noch nicht decken. «Dies wird sich aber ändern, sollte sich die E-Mobilität so entwickeln wie angenommen.» Ende 2016 waren 11600 E-Autos zugelassen, dies bei 4,5 Millionen herkömmlichen Perso-

nenwagen. Der Bund geht davon aus, dass es 2020 rund 100 000 sein werden, 2030 deren 560 000. Der Bundesrat spricht vor diesem Hintergrund von einer «Investition in die Zukunft».

SVP wehrt sich

Die Rentabilitätsfrage stellt sich bei den Rastplätzen umso mehr, als dass dort kaum Strominfrastruktur vorhanden ist und auch kaum Möglichkeiten für Quersubventionierungen bestehen, etwa durch ein Gastronomieangebot. Der Bundesrat rechnet mit Kosten von 300 000 bis 550 000 Franken pro Rastplatz. Und er schlägt vor, dass ein Teil davon der Bund übernimmt. Wie viel, ist laut dem federführenden Bundesamt für Strassen (ASTRA) noch offen. Die Betreiber sollen in jedem Fall einen Deckungsbeitrag leisten, aber nicht gezwungen sein, innerhalb der Bewilligungsdauer für die Tankstelle die gesamten Investitionen zu amortisieren.

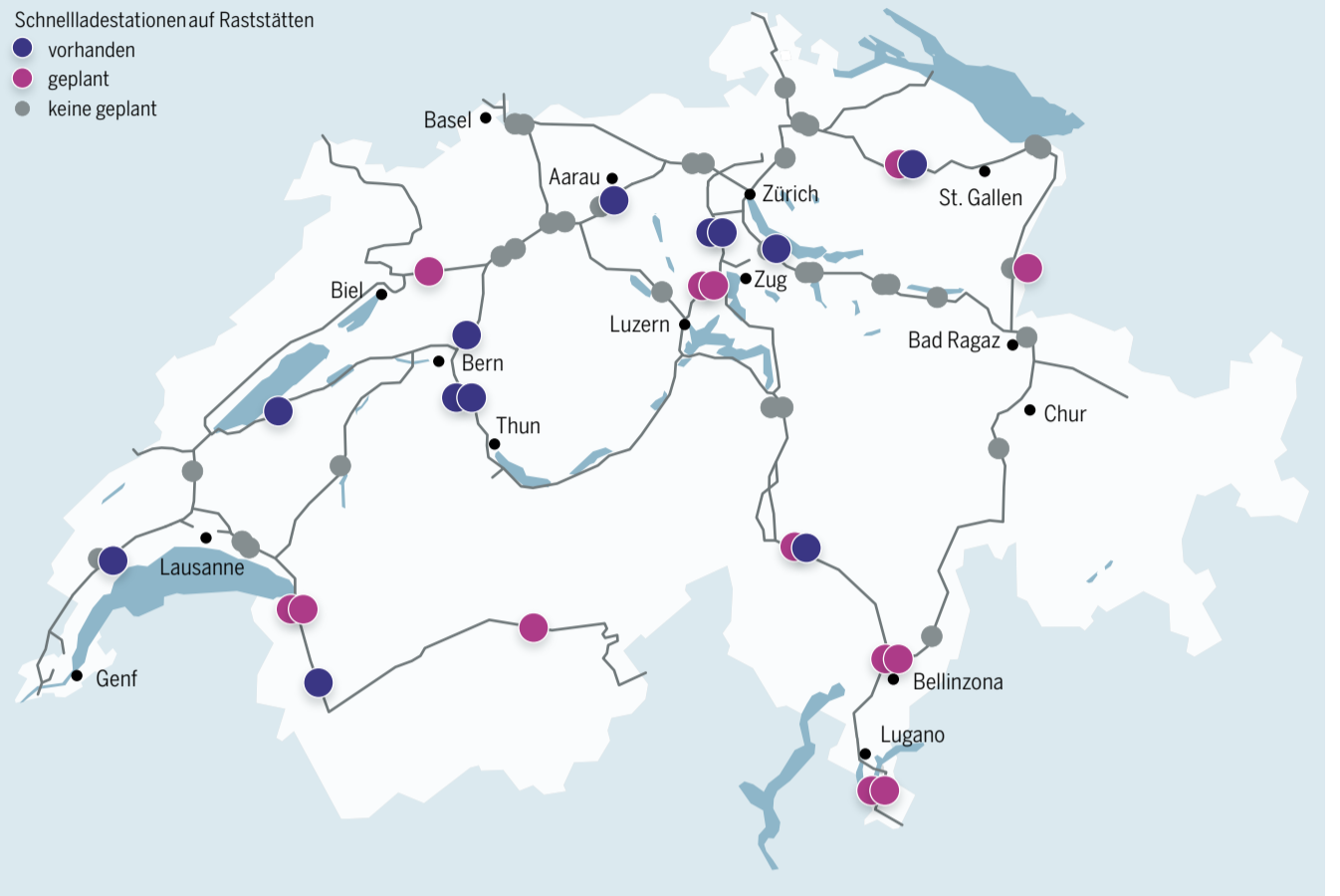
Dieser Plan ist umstritten. Nationalrat Ulrich Giezendanner (SVP) etwa geistert ihn als «indirekte Subventionierung». Ob die SVP auf die Hilfe der FDP zählen kann, ist fraglich. Mit Nationalrat Thierry Burkart weiss der Freisinn ein Vorstandsmitglied des Schweizerischen Elektromobilitätsverbands (Swiss eMobility) in seinen Reihen. Burkart warnt denn auch, dass es die Verbreitung alternativer Antriebstechnologien bremsen würde, sollten die privaten Anbieter die Erschliessungskosten selber tragen müssen. Eine indirekte Unterstützung durch den Bund hält er daher für «gerechtfertigt». Burkart verlangt aber auch eine finanzielle Beteiligung der Stromlieferanten. Ähnlich äussert sich Viola Amherd. Die CVP-Nationalrätin erinnert daran, dass es dem Wunsch des Parlaments entspreche, das E-Tankstellen-Netz engmaschiger zu machen.

Skeptisch zeigt man sich dagegen im rot-grünen Lager. «Grundsätzlich müssen die Nutzer die Tankstelleninfrastruktur selber bezahlen», sagt SP-Nationalrätin Evi Allemann. Dieses Verursacherprinzip habe sich bewährt. Allerdings erwägt sie in diesem Fall eine Ausnahme. Ansetzen will die VCS-Präsidentin bei den Strafgebühren, welche die Autoindustrie aufgrund der verpassten CO₂-Ziele für Neuwagen zahlen muss. Dieses Geld, das heute in die allgemeine Strassenkasse fliesst, soll für die Erschliessung der Rastplätze verwendet werden - ein Vorschlag, der im Parlament noch zu reden geben dürfte.

E-Tankstellen entlang der Nationalstrassen

Schnellladestationen auf Raststätten

- vorhanden
- geplant
- keine geplant



TA-Grafik mt/Quelle: Autobahnen.ch/Foto:

Kreuz & (ver-)quer

Ganz viel LOVE für Beamte



Nach dem grossen Erfolg von «LOVE Service public» (wer erinnert sich nicht) startete der Personalverband des Bundes am

Donnerstag den lange erwarteten Nachfolger: «LOVE Service public 2.0». Motto: «Unsere Arbeit für euch.» Via soziale Medien (Aha! «2.0») soll den Schweizerinnen und Schweizern bewusst gemacht werden, wie viel die Angestellten des Bundes für die Allgemeinheit leisten. Der Service public sorge für wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Zusammenhalt und das Wohl der Bevölkerung, hiess es in einer Mitteilung. Eine frohe Botschaft, die nun via Instagram und Facebook verbreitet werden soll. Wie viel LOVE der Bundesrat für seine Angestellten verspürt, erfährt man gleichentags aus dem Aussendepartement. Dort durften sich verschiedene Mitarbeiter bisher mit 60 Jahren pensionieren lassen. Der Bundesrat schafft das Privileg nun ab und trägt damit seinen Teil zur LOVE-Kampagne bei. Deren neuer Slogan lautet ab sofort: «Unsere Arbeit für euch. Jetzt sogar fünf Jahre länger!» (los)

Verstärkung für Grenzpolizisten

Künftig können Polizisten in Grenzkantonen bei einem übermässigen Anstieg der illegalen Migration auf Hilfe aus anderen Kantonen zählen.

Mit bis zu 50 Kantonspolizisten des Schweizerischen Polizeikorps könne die Polizeipräsenz in den Kantonen Tessin, Wallis und Graubünden verstärkt werden, sagte Stefan Blättler, Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS), gestern vor den Medien. Obwohl die Schweiz als Asylant an Attraktivität verloren habe, dürften auch in diesem Jahr die irregulären Grenzübertritte in den Sommermonaten zunehmen, sagte der Tessiner Regierungsrat Norman Gobbi (Lega). Laut dem Kommandanten der Tessiner Kantonspolizei, Matteo Cocchi, ist die Migrationslage in Italien derzeit prekär. Seit Anfang Jahr seien dort über 70 000 Flüchtlinge gestrandet. Die Tendenz sei steigend.

Falls sich die Situation auch in der Schweiz zuspitzt, wolle man vorbereitet sein. Deshalb haben sich die Polizeikommandanten darauf geeinigt, den Südkantonen während der Sommermonate einen interkantonalen Polizeieinsatz bereitzustellen. Derartige Einsätze werden üblicherweise bei Grossereignissen wie internationalen Fussballspielen oder

dem World Economic Forum in Davos durchgeführt. Den Grenzkantonen stehen sie nun vom 17. Juli bis 15. Oktober zur Verfügung.

Hilfe geht vor allem ins Tessin

Rund zwei Drittel der 50 Polizisten sind für das Tessin vorgesehen. Laut Cocchi kämpfe man immer häufiger mit illegalen Migranten, die über die grüne Grenze oder in Autos und Bussen einreisen. Das im Bedarfsfall zugesicherte Personal soll den Polizeien deshalb bei Personenkontrollen an wichtigen Verkehrsachsen, Bahnhöfen oder Autobahnen unter die Arme greifen.

Die restlichen knapp 20 Polizisten werden bei möglichen Ausweichmanövern der Migranten über die Achsen Grosser Sankt Bernhard und Simplon im Wallis oder die Südtäler in Graubünden eingesetzt. Zusätzlich stehe eine Reserve von 20 Polizisten bereit, sollte sich die Situation in St. Gallen zur Grenze nach Österreich verschärfen. Es gehe dabei ausschliesslich um polizeiliche Aufgaben, sagte Blättler. Grenzkontrollen gehören nicht dazu und werden vom Grenzschutzkorps ausgeführt.

Die Unterstützungsaktion ist ausschliesslich für den Notfall gedacht. Ein Einsatz werde nur dann einberufen, wenn der betroffene Kanton die Lage nicht mehr selber bewältigen könne, betonte der KKPKS-Präsident. (SDA)

Nachrichten

Altersvorsorge

Frauendachverbände sagen Ja zur Rentenreform

Trotz der Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre überwiegen für die grossen Frauendachverbände die Vorteile der Rentenreform, über die am 24. September abgestimmt wird. Dies gaben Alliance F, der Bäuerinnen- und Landfrauenverband, der Katholische Frauenbund und die Evangelischen Frauen Schweiz bekannt. CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer nannte als Vorteile den tieferen Koordinationsabzug, von dem Teilzeitangestellte - also vor allem Frauen - profitierten. Die höhere AHV-Rente sei wichtig für Frauen mit tiefen Einkommen, weil viele von ihnen keine Pensionskasse hätten. Zudem sei der flexible Alterstrücktritt zwischen 62 und 70 Jahren ein Vorteil, weil so fehlende Beitragsjahre nachgeholt werden können. Ebenfalls gestern gaben die FDP-Frauen bekannt, dass sie die Vorlage ablehnen. Die Reform schaffe es nicht, das finanzielle Gleichgewicht von AHV und zweiter Säule zu sichern. (SDA)

Bundesverwaltung

Keine Frühpensionierungen für Militärs und Diplomaten

Berufsmilitärs, Grenzwachter und Diplomaten sollen nicht länger mit 60 Jahren in den Ruhestand treten können. Künftig soll auch für sie Pensionsalter 65 gelten. Das hat der Bundesrat im Grundsatz beschlossen. Berufsmilitärs, Grenzwachter und Diplomaten treten heute je nach

Funktion ab 60 Jahren in den Ruhestand. Dies soll den besonderen Anforderungen und Belastungen Rechnung tragen. Der Bundesrat hat nun das Finanzdepartement beauftragt, bis Mitte 2018 abzuklären, unter welchen Bedingungen und bis wann die neue Regelung für neue Mitarbeiter eingeführt werden kann. (SDA)

Basler Verkehrs-Betriebe

Präsident tritt nach GPK-Kritik per sofort zurück

Der Verwaltungsratspräsident der Basler Verkehrs-Betriebe, Paul Blumenthal, tritt per sofort zurück. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Kantonsparlaments hat schwere Vorwürfe erhoben wegen eines Zahlungsverprechens ins Elsass und autokratischer Führung. Der frühere SBB-Personenverkehrschef begründet seinen Abgang mit dem Misstrauensvotum der GPK. Mit ihm tritt auch Vizepräsident Paul Rüst zurück. (SDA)

Politische Rechte

Kommission ist gegen Stimmrechtsalter 16

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats will das Stimmrechtsalter nicht auf 16 Jahre senken. Sie ist der Meinung, dass die politische und die zivile Mündigkeit übereinstimmen sollten. Zudem hat sie Zweifel, ob in dieser Altersgruppe das Interesse an Politik wirklich verbreitet sei. Deshalb lehnte die Kommission eine parlamentarische Initiative der grünen Nationalrätin Lisa Mazzone (GE) mit 15 zu 8 Stimmen ab. (SDA)